



TÄTIGKEITSBERICHT 2016

Januar 2017

Inhaltsverzeichnis

I.	Allgemeiner Überblick	Seite 1
II.	Abgeschlossene Forschungsprojekte 2016	Seite 2
III.	Laufende Forschungsprojekte	Seite 8
IV.	Neue Projekte 2017	Seite 12
V.	MitarbeiterInnen am IKF	Seite 13

I. Allgemeiner Überblick

Im vergangenen Jahr wurde die schwierige Finanzierungslage für die außeruniversitäre Forschung auch am IKF deutlich spürbar und es konnten nur einige wenige Forschungsprojekte akquiriert werden. Trotzdem war es möglich, drei Schwerpunkte der Vorjahre weiter zu verfolgen, nämlich Gewalt gegen Frauen (und Männer), österreichische Häftlinge im Konzentrationslager Ravensbrück sowie die Geschichte der österreichischen Sozialversicherung.

Als umso wichtiger erweist sich für das IKF die Einbindung in den CPD-Cluster, der seit Jahresbeginn 2016 an der Karl-Franzens-Universität Graz angesiedelt ist. Im Januar 2016 wurde das Handbuch „Friedensforschung, Konfliktforschung, Demokratieforschung“ vorgelegt, das einen Überblick über diese drei Forschungsbereiche, die im Cluster zusammengefasst sind, bietet. Die Beiträge, die überwiegend von MitarbeiterInnen der drei außeruniversitären Mitglieder des Clusters – neben dem IKF das Demokratiezentrum Wien und das Österreichische Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung in Schläining – verfasst wurden, verweisen auf dessen Themen und Zugänge. Die Kooperation mit der Universität Graz bzw. der dortigen Rechtswissenschaftlichen Fakultät fand im vergangenen Jahr ihren konkreten Ausdruck insbesondere in der Konzeption von gemeinsamen Projektanträgen in den Bereichen „Frieden und Sicherheit“ sowie „Demokratie und Konflikt“, die im ersten Halbjahr 2017 bei unterschiedlichen Forschungsförderungseinrichtungen eingebracht werden und dieses Standbein des IKF stärken sollen.

II. Abgeschlossene Forschungsprojekte 2016

Reinhold Melas in der österreichischen Sozialversicherung

Durchführung: Dr. Guenther Steiner

Finanzierung: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Fertigstellung: Mai 2016

Diese Arbeit analysiert aus Anlass dessen 40. Todestages am 1. April 2017 die Rolle und Bedeutung Hofrat Dr. Reinhold Melas' für die österreichische Sozialversicherung.

Melas begann seine Berufslaufbahn 1927 in der Krankenkasse der Handlungsgehilfen. Nach 1945 wurde er zu einer Schlüsselfigur der Gestaltung der österreichischen Sozialversicherung, nicht als Funktionär und Politiker, sondern als Fachexperte. Er war Mitinitiator der unmittelbar nach Kriegsende ins Leben gerufenen Arbeitsgemeinschaft der Sozialversicherungs-Institute. 1948 wurde er zum leitenden Angestellten des neu entstandenen Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger und blieb dies bis zu einem Ausscheiden Ende 1970. In dieser Funktion wurde er ein wesentlicher Architekt des ASVG von 1955, dem wichtigsten Sozialversicherungsgesetz der Zweiten Republik. Auch die weitere Entwicklung, die Novellierungen des ASVG, die Einbeziehung der Selbständigen in die Sozialversicherung hat Melas wesentlich mitgestaltet. Schließlich war er von 1967 bis 1972 Präsident der Internationalen Vereinigung für soziale Sicherheit (IVSS).

Ausgehend von der Hypothese, dass der Fachexperte mit seiner Arbeit die Grundlage für die politische Entscheidung liefert und diese damit wesentlich mitbestimmen kann, geht die Studie der Frage nach, inwieweit dies bei Reinhold Melas der Fall war. Zweitens interessiert, wo er sich dem politischen Entscheidungsprozess beugen musste. Ersteres wird augenscheinlich darin, dass Melas mit dem von ihm initiierten Büroentwurf für ein neues österreichisches Sozialversicherungsgesetz 1951 eine wesentliche inhaltliche Vorlage für das spätere ASVG lieferte. Melas war weiters bei allen wichtigen Entscheidungen im Bereich der Sozialversicherung in allen Gremien als entscheidender Akteur dabei, sei es kraft seines Amtes als leitender Angestellter des Hauptverbandes oder als Fachexperte der SPÖ, als der er auch Initiativanträge (mit)formulierte.

Beispiel für Zweites ist die Organisation der Sozialversicherung nach 1945, festgelegt im Sozialversicherungs-Überleitungsgesetz von 1947, die sich Melas eindeutig zentralistischer vorgestellt hatte, auch und nicht zuletzt aus der Sicht des Sozialversicherungsangestellten denkend und nicht aus jener des politischen Funktionärs, bei welcher Frage er sich allerdings den politischen Gegebenheiten und den nicht zuletzt ideologischen Widerständen der Wirtschafts- und Landwirtschaftskreise und sohin der ÖVP unterwerfen musste. Der Hauptverband, das Reich des Reinhold Melas, mit seinen weitreichenden Kompetenzen war gewissermaßen ein kleiner Ersatz dafür. Melas hat ohne Zweifel den Hauptverband, auch durch seine 'Führungsqualitäten', zu einem wesentli-

chen Player der Sozialversicherungspolitik in Österreich gemacht und war gleichsam seine Personifikation.

Wesentliche Quellen dieser Arbeit sind die Protokolle der Gremien der Arbeitsgemeinschaft und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger, die auch über den Diskussionsprozess zu entscheidenden Gesetzesvorhaben und damit über die Haltung Reinhold Melas' Auskunft geben. Daneben sind es Unterlagen des Österreichischen Staatsarchives, des Bundesministeriums für soziale Verwaltung sowie Vorträge und Artikel Reinhold Melas', die die Quellenbasis für diese Arbeit bilden. Zeitzeugeninterviews bringen die Persönlichkeit Melas' näher und helfen, die schriftlichen Quellen zu interpretieren. Ein Bildteil ergänzt die Arbeit, die als Buchpublikation beim ÖGB-Verlag erscheint.

Interkulturelle Pädagogik in Niederösterreich

Projektleitung: Dr.ⁱⁿ Karin Bischof

Durchführung Dr.ⁱⁿ Karin Bischof

Mag.^a Elke Rajal

Mag.^a Maria Fürstaller (Institut für psychoanalytische Pädagogik,
Universität Wien)

Mag.^a Ines Garnitschnig (Verein Zeit.Räume)

Dr.ⁱⁿ Mürvet Özağac (Institut für psychoanalytische Pädagogik,
Universität Wien)

Dr.ⁱⁿ Judith Purkarthofer (Institut für Sprachwissenschaft,
Universität Wien)

Kooperation: IFES Institut für empirische Sozialforschung GmbH, Wien

Finanzierung: Amt der Niederösterreichischen Landesregierung,
Abteilung Kindergärten

Fertigstellung: September 2016

Im Rahmen des Projekts werden mittels qualitativer und quantitativer Instrumente Akzeptanz, Wirkungen und Weiterentwicklungsmöglichkeiten der Umsetzung Interkultureller Pädagogik in Niederösterreich erhoben. Es werden sowohl gelungene Beispiele der Umsetzung der Interkulturellen Pädagogik in Niederösterreich dokumentiert und erforscht als auch Problembereiche vertiefend analysiert.

Die Studie fokussierte auf drei Ebenen: *Erstens* wurden in einer – allen anderen Arbeitsschritten vorgeschalteten – repräsentativen Umfrage die Akzeptanz von und die Zufriedenheit mit der Interkulturellen Pädagogik und Mehrsprachigkeitsförderung im Kindergarten in der niederösterreichischen Bevölkerung erhoben. Die Ergebnisse zeigen, dass sowohl Akzeptanz als auch Zufrie-

denheit sehr hoch sind. *Zweitens* untersuchte die Evaluierung durch Gruppen- und Einzelgespräche fördernde und hemmende Faktoren betreffend die Umsetzung von Interkultureller Pädagogik auf institutioneller/ organisatorischer Ebene, speziell in der Teamarbeit. *Drittens* wurden in einer interdisziplinären Teilstudie (Sprachwissenschaft, Bildungswissenschaft, Psychologie, Politikwissenschaft/Soziologie) auf der Ebene von pädagogischer Praxis und Interaktion im Kindergarten Effekte gelungener Umsetzung von Interkultureller Pädagogik und Mehrsprachigkeitsförderung vertiefend erforscht.

Ein multidisziplinärer Advisory Board stellte sicher, dass in den zentralen Stadien der interdisziplinären Forschung die Expertise nationaler und internationaler ExpertInnen einfließt.

Sobald die Ergebnisse vom Auftraggeber freigegeben sind, werden diese durch das Projektteam und durch das Advisory Board einem nationalen und internationalen Fachpublikum kommuniziert.

SNaP – Special Needs and Protection orders

Polizeiliche und gerichtliche Schutzanordnungen bei Gewalt in engen sozialen Beziehungen – die Situation von Frauen mit spezifischen Bedürfnissen

Projektleitung: Dr.ⁱⁿ Birgitt Haller

Durchführung: Mag.^a Dr.ⁱⁿ Helga Amesberger
Dr.ⁱⁿ Birgitt Haller

Finanzierung: Europäische Kommission/ Daphne III
Bundesministerium für Bildung und Frauen

PartnerInnen: CESIS - Centro De Estudos Para A Intervenção Social (PT)
DHPol - Deutsche Hochschule der Polizei (DE)
Safe Ireland (IE)
University of Bialystok (PL)
Zoom – Gesellschaft für prospektive Entwicklungen e.V. (DE)

Fertigstellung: September 2016

Wer körperlich und kognitiv beeinträchtigt oder psychisch krank ist, ist besonders häufig von körperlicher, psychischer und sexueller Gewalt betroffen. Das Daphne III-Forschungsprojekt untersuchte, ob Betretungsverbote, von denen die Polizei in Österreich jährlich mehr als 8.000 wegen Gewalt in der Familie verhängt, auch für diese Personen wirksam sind. Derartige Schutzzonen, wie sie durch die Verhängung eines Betretungsverbots oder einer Einstweiligen Verfügung errichtet werden, sollen den Gefährder auf Distanz zum Opfer halten; der Täter soll, wenn überhaupt, nur eingeschränkt mit dem Opfer in Kontakt kommen. Voraussetzung dafür ist, dass die geschützte Person eigenständig leben und Entscheidungen treffen kann – ist sie vom Täter ab-

hängig, kann die Trennung von ihm sogar zu einer Verschlechterung der Situation führen wie z.B. einer Heimunterbringung.

In der Untersuchung wurden nicht nur körperliche und geistige Beeinträchtigungen als „spezifische Bedürfnisse“ angesehen, sondern auch andere Benachteiligungen, die sich aus rechtlichen und sozialen Bedingungen oder aus individuellen Merkmalen ergeben. So benötigt etwa eine Migrantin, die nicht oder kaum Deutsch spricht, zusätzliche Unterstützung durch Dolmetschleistungen, um ihre Gewalterfahrungen schildern zu können, damit die Polizei in der Folge ein Betretungsverbot verhängt. Für solche Opfer ist es häufig schwierig, Zugang zu Schutzmaßnahmen zu finden.

Österreich hat in Bezug auf den Schutz vor familiärer Gewalt international Vorbildcharakter. Diese Studie hat gezeigt, dass das Gewaltschutzgesetz auch Schutz für Opfer mit spezifischen Bedürfnissen gewährleistet, vorausgesetzt, dass individuelle Bedürfnisse von Gewaltopfern wahrgenommen und die erforderlichen Unterstützungsmaßnahmen bereitgestellt werden.

Wie im nationalen Forschungsbericht und im Policy Paper, das sich an Politik, Polizei, Justiz, Opferschutzeinrichtungen und Beratungsstellen richtet, analysiert wurde, besteht Verbesserungsbedarf insbesondere bei der Zusammenarbeit aller eingebundenen Berufsgruppen, bei der Dokumentation von Beeinträchtigungen und im Zugang zum Opferschutz. Schnelles, effizientes und zwischen Polizei, Opferschutzeinrichtungen und anderen Unterstützungsorganisationen abgestimmtes Handeln ist notwendig. Will man Opfern mit spezifischen Bedürfnissen optimalen Schutz gewährleisten, ist erforderlich, diese als erhöhtes Gefährdungsrisiko zu verstehen und zu dokumentieren. Der Zugang zum Opferschutz schließlich meint sowohl räumliche Barrierefreiheit als auch eine entsprechende Aufbereitung von Informationen, niederschwellige Beratung und Erleichterung von Kommunikation, für Personen mit Sinnesbeeinträchtigungen ebenso wie für nicht Deutschsprechende. Da auf allen gesellschaftlichen Ebenen wenig Bewusstsein über spezifische Bedürfnisse von Gewaltopfern mit Behinderung und anderen Benachteiligungen besteht, sollten entsprechende Kampagnen und andere Sensibilisierungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Junge Frauen und Männer als Betroffene von sexueller Belästigung in Ausbildung und Beruf

Projektleitung: Dr.ⁱⁿ Birgitt Haller

Durchführung: Mag.^a Dr.ⁱⁿ Helga Amesberger
Beate Gassner BA
Dr.ⁱⁿ Birgitt Haller

Finanzierung: Arbeiterkammer Wien, Frauen und Familie
Arbeitsmarktservice Österreich

Fertigstellung: Dezember 2016

Junge Frauen und Männer zwischen 17 und Mitte Zwanzig wurden zu ihren Erfahrungen mit sexueller Belästigung befragt, insbesondere dazu, was es auf der strukturellen und auf der persönlichen Ebene schwierig macht, sich dagegen zur Wehr zu setzen, wer als Vertrauensperson gesehen wird und welche Unterstützung notwendig wäre. Gespräche erfolgten einerseits mit Mädchen und Burschen, die sich bereit erklärten, über ihre Erfahrungen mit Belästigungen zu sprechen, und andererseits mit Personen, bei denen uns im Vorfeld nichts über entsprechende Erlebnisse bekannt war. Befragt wurden 31 junge Frauen und 19 Burschen, teilweise in Einzelgesprächen, teilweise in Gruppen.

Ergänzend erfolgten Interviews mit ExpertInnen aus verschiedenen Tätigkeitsbereichen.

Zwei Mädchen (und keiner der Burschen) erstatteten nach einem Übergriff Anzeige bei der Polizei, zwei gingen zu Gericht. Warum werden sexuelle Belästigungen überwiegend geheim gehalten?

Eine wesentliche Schwierigkeit besteht darin, eine sexuelle Belästigung als solche zu erkennen und zu benennen, das ist aber Voraussetzung dafür, sie von vorneherein bzw. möglichst rasch zu unterbinden. Sexuelle Belästigungen erfolgen im Regelfall zunächst nicht offen und eindeutig, deshalb lassen sich die Opfer auf vermeintlich freundschaftlich-kollegiale Angebote oder einen Flirt ein (die interviewten Frauen wurden ausschließlich von Männern belästigt), lassen „unabsichtliche“ Berührungen zu, und haben dann das Gefühl, nicht mehr zurückzukönnen, um nicht als „zickig“ oder „Spaßverderberin“ dazustehen. Je länger Übergriffe andauern, umso schwieriger wird es, Stopp zu sagen. Erschwerend kommt bei jungen Opfern von Belästigungen hinzu, dass sie vieles als „normal“ hinnehmen, was Ältere eindeutig aufgrund von persönlicher Reife und Lebenserfahrung als Übergriff erleben.

Bei den Burschen ist das Tabu möglicherweise noch stärker: Es gab im Rahmen der Untersuchung eine einzige Gesprächsrunde, in der niemand, und sei es auch nur über Dritte, von sexuellen Belästigungen gehört hatte, und das waren bezeichnenderweise Burschen. (Die Männer hatten im Übrigen sowohl durch Frauen als auch durch Männer Übergriffe erlebt, und zwar vor allem von KundInnen ihres Dienstgebers.)

Die befragten Jugendlichen hatten auch firmenintern Übergriffe kaum bekannt gemacht, weil sie meist – realistischer Weise – nicht damit rechnen, betriebsintern unterstützt zu werden. (Ausnahmen stellen Belästigungen durch KundInnen dar, die aber gleichzeitig weniger schwerwiegend sind als die von Kollegen und Vorgesetzten.) Es gab nur vereinzelt Beispiele, bei denen ein Vorgesetzter der Belegschaft klarmachte, dass er sexuelle Übergriffe nicht dulde. Manche Opfer vertrauten sich weiblichen Kolleginnen an, die zwar zuhörten, gelegentlich Trost spendeten, sich aber sehr selten als Bündnispartnerinnen anboten.

Die meisten Jugendlichen kennen keine Beratungseinrichtungen, bei denen sie sich Unterstützung holen könnten, am ehesten ist die Arbeiterkammer bekannt. Ob es in der Firma einen Betriebsrat gibt, wissen die meisten nicht, einzelne nennen Vertrauenspersonen im Ausbildungsumfeld.

Gleichbehandlungsgesetze und die dadurch etablierten Einrichtungen sind den Jugendlichen offenkundig nicht bekannt.

Letztlich werden die Betroffenen fast ausschließlich durch ihr privates Umfeld unterstützt. Sie vertrauen sich insbesondere der Freundin oder dem Partner an, manchmal auch den Eltern. Das Sich-Aussprechen bringt emotionale Entlastung und die Bestätigung, dass sie Unrecht erlebt haben – viele Mädchen haben mit der Überlegung zu kämpfen, ob sie nicht an den Übergriffen „mitschuldig“ sind. (Anders als die Burschen, die auf die entsprechende Frage mit Unverständnis reagieren.)

Nur für einen Täter hatten die sexuellen Belästigungen berufliche Folgen, er wurde nach einer strafrechtlichen Verurteilung entlassen. Sonst gab es weder Versetzungen noch sonstige Sanktionen, während manche Opfer sowohl mit beruflichen als auch gesundheitlichen Auswirkungen konfrontiert waren.

Auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene ist eine Enttabuisierung des Themas Voraussetzung für ein Verhindern von sexuellen Belästigungen. Ebenso wichtig ist „gelebte“ Gleichbehandlung und Antidiskriminierung in allen sozialen Instanzen. Die Häufung von betriebsinternen Übergriffen bei Ausflügen, Feiern und anderen halb-privaten Gelegenheiten ist ein Hinweis darauf, dass Gleichbehandlung im beruflichen Kontext zumindest teilweise als Regel akzeptiert ist, gleichzeitig aber auf diesen beschränkt bleibt.

Im Konkreten ist es wichtig, MitarbeiterInnen präventiv in der Selbstermächtigung zu unterstützen, d.h. bei Einschulungen z.B. im Gastgewerbe und anderen besonders gefährdeten Branchen müssen ihnen Handlungsmöglichkeiten als Reaktion auf Übergriffe angeboten werden. Gedacht ist dabei etwa an den in einem Interview erwähnten Anti-Sexismus- und Anti-Rassismus-Workshop mit Selbstverteidigungselementen für Beschäftigte in einem Gastronomieunternehmen.

III. Laufende Forschungsprojekte 2017

Just & Safer Cities for All

<i>Projektleitung:</i>	<i>Mag.^a Dr.ⁱⁿ Helga Amesberger</i>
<i>Durchführung:</i>	<i>Mag.^a Dr.ⁱⁿ Helga Amesberger Dr.ⁱⁿ Birgitt Haller</i>
<i>Finanzierung:</i>	<i>Europäische Kommission/ DG Criminal Justice über European Forum for Urban Security (EFUS), Paris</i>
<i>PartnerInnen:</i>	<i>French Forum for Urban Security (FFSU) Belgium Forum for Prevention and Urban Security (FBPSU) Italian Forum for Urban Security (FISU) Spanish Forum for Urban Security and Prevention (FEPSU) Jagiellonian University, Polen Ufuq e.V, Deutschland Associação portuguesa de Apoio à vítima – APAV, Portugal</i>
<i>Fertigstellung:</i>	<i>September 2017</i>

Derzeit erlebt Europa eine erschreckende Zunahme von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und anderen Formen der Intoleranz. Das Projekt "Just & Safer Cities for All" verfolgt das Ziel, auf lokaler und regionaler Ebene ein Bewusstsein für diese Gewaltformen zu schaffen und zu erheben, welche Antworten die Kommunen und Länder zur Bekämpfung gefunden haben.

Um dieses Ziel zu erreichen, wurde in insgesamt 15 EU-Ländern ein Aufruf gestartet, mit Hilfe dessen innovative und vielversprechende Projekte zur Bekämpfung von Diskriminierung und Hassverbrechen auf lokaler Ebene gesucht wurden. Aus den eingelangten Projektdarstellungen – insgesamt waren es rund 140 – werden bei einem im März 2017 in Wien stattfindenden Treffen anhand eines Kriterienkatalogs 50 Best-Practice-Beispiele ausgewählt, die schließlich in einem Handbuch veröffentlicht werden. Das in sieben Sprachen übersetzte Handbuch soll nicht nur lokale, regionale und zivilgesellschaftliche AkteurInnen zur Nachahmung anregen, sondern insbesondere einen bewusstseinsbildenden Beitrag leisten. EFUS als Projektpartner kann mit seinem europaweiten Netzwerk – bestehend aus 420 lokalen und regionalen Behörden/ Einrichtungen, Universitäten und zivilgesellschaftlichen Organisationen – eine breite Streuung der Projektergebnisse gewährleisten. Darüber hinaus werden in den acht Partnerländern (Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Polen, Portugal und Spanien) Seminare und lokale Veranstaltungen abgehalten.

In Österreich reichten insgesamt 28 Organisationen und Vereine ein Best-Practice-Projekt aus den Bereichen Antirassismus/Flucht/Migration und Behinderung ein.

Das IKF organisiert in Kooperation mit EFUS außerdem das Europäische Seminar „Prävention vorurteilsmotivierter Gewalt auf lokaler Ebene“, welches Anfang März im Haus der Europäischen Union in Wien stattfindet. Es werden VertreterInnen von lokalen Behörden, europäischen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen über lokale Strategien gegen Hass und Intoleranz diskutieren, vorbildhafte Projekte werden vorgestellt und Studienbesuche bei verschiedenen Präventionsprojekten angeboten. Das Seminar wird außerdem für die Erarbeitung einer Resolution genutzt, die schließlich im EFUS-Manifest „Security, Democracy and Cities – Manifesto of Aubervilliers, Saint-Denis and Barcelona“ einfließen soll.

Aktualisierung der Webseite „www.ravensbrueckerinnen.at“

Projektleitung: Mag.^a Dr.ⁱⁿ Helga Amesberger

Durchführung: Mag.^a Dr.ⁱⁿ Helga Amesberger
Mag.^a Dr.ⁱⁿ Brigitte Halbmayr
Mag.^a Elke Rajal

Finanzierung: Zukunftsfonds der Republik Österreich
Magistratsabteilung 57, Frauenabteilung der Stadt Wien

Fertigstellung: Juni 2018

Unter der Adresse www.ravensbrueckerinnen.at kann seit dem Frühjahr 2013 zu den österreichischen Häftlingen im Konzentrationslager Ravensbrück, Frauen wie Männer, recherchiert werden. Abgesehen von biographischen Daten sind Erläuterungen zu den Verfolgungsgründen und regionalen Spezifika ebenso wie Hintergrundwissen zum ehemaligen KZ und den Überlebensbedingungen zugänglich, darüber hinaus auch Erfahrungsberichte über das Leben nach der KZ-Haft. Eine Suchmaske unterstützt die Suche nach Personen bzw. Personengruppen wie z.B. Roma und Sinti, Juden/Jüdinnen, politisch Verfolgte, Kärntner Sloweninnen. Filmporträts, Dokumente, Fotos und Fragemodule in einem virtuellen „Lernraum“ ergänzen das Angebot, das sich insbesondere an SchülerInnen richtet.

Online sind gemäß den Datenschutzbestimmungen nur Details über Personen abrufbar, die bereits verstorben sind, vor mehr als hundert Jahren geboren wurden oder die die Erlaubnis zur Veröffentlichung gegeben haben. Derzeit sind die Verfolgungsgeschichten von 1.833 Frauen und Männern online recherchierbar.

Eine interaktive Website wie www.ravensbrueckerinnen.at lebt davon, dass ihre Inhalte aktuell sind und den neuesten Stand der Forschung widerspiegeln. Das heißt, kontinuierliche Aktualisierungen sind notwendig, um dem gerecht zu werden. Die im Rahmen dieses Projektes vorgenommenen Aktualisierungen betreffen zum einen die Datenbank: Daten von weiteren Verfolgten werden entsprechend der Datenschutzrichtlinie freigeschaltet. Seit der Veröffentlichung der Website kontak-

tierten uns viele Angehörige von ehemaligen Ravensbrück-Häftlingen, um uns Informationen, Dokumente und Fotos zur Verfügung zu stellen. Diese werden nun in der Datenbank ergänzt und auf der Website online gestellt. Zum anderen betrifft die Aktualisierung die Hintergrundinformationen und Lebensgeschichten. So sollen weitere Kurzbiografien, viele Fotos und Dokumente online gestellt werden. Zwei Hackerangriffe auf die Website machen zudem ein technisches Update notwendig.

„Asozial“ im Nationalsozialismus und die Fortschreibung im Nachkriegsösterreich.

Weibliche Häftlinge im KZ Ravensbrück und Uckermark

Projektleitung: Mag.^a Dr.ⁱⁿ Brigitte Halbmayr

*Durchführung: Mag.^a Dr.ⁱⁿ Helga Amesberger
Mag.^a Dr.ⁱⁿ Brigitte Halbmayr*

*Finanzierung: Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB)
Nationalfonds der Republik Österreich
Zukunftsfonds der Republik Österreich*

Fertigstellung: Januar 2018

Mit diesem Forschungsprojekt schließt das IKF an seinen sozialhistorischen Forschungsschwerpunkt zum Frauenkonzentrationslager Ravensbrück an. Drei Themen stehen im Zentrum:

Einmal die Dokumentation und Analyse der als „asozial“ stigmatisierten österreichischen inhaftierten Frauen im nationalsozialistischen Konzentrationslager Ravensbrück und im Mädchenkonzentrationslager Uckermark. Ausgangsbasis hierfür ist die vom IKF aufgebaute Datenbank zu österreichischen Inhaftierten im Lagerkomplex Ravensbrück.

Zweiter Schwerpunkt ist die Erforschung der Vorgeschichte der KZ-Einweisung: Dafür nehmen wir nicht nur die KZ-Opfer in den Blick, sondern auch jene Frauen, die in Arbeitsanstalten, Arbeitserziehungslager und Erziehungsheime eingewiesen wurden (im Konkreten geht es hier um die Arbeitsanstalt für Frauen „Am Steinhof“), sowie Frauen, bei denen in der Begründung für eine Zwangssterilisation der Vorwurf der „Asozialität“ aufscheint. Am Beispiel Wien soll aufgezeigt werden, ob es eine Systematik in der Eskalation der Verfolgung der Frauen gab, die schließlich zu einer KZ-Einweisung führte, oder ob es eher Zufall war, wo und wie eine Frau in die Verfolgungsmaschinerie gelangte. Dabei werden auch die Ausführenden der Verfolgungs- und Diskriminierungsmaßnahmen unter die Lupe genommen, also die BehördenvertreterInnen, BeamtInnen, FürsorgerInnen, ÄrztInnen, GutachterInnen etc.

Drittens geht es um die Kontinuitäten von Diskriminierung und Ausgrenzung – und damit um den Umgang Nachkriegsösterreichs mit als „asozial“ Verfolgten. Dies wird in erster Linie anhand des behördlichen Vorgehens untersucht, etwa im Zuge der Formulierung, Novellierungen und Anwen-

derung des Opferfürsorgegesetzes oder anhand der Fortführung von in der NS-Zeit angelegten Fürsorgeakten (und entsprechender Geisteshaltung).

Die heterogene Untersuchungsgruppe verlangt eine intersektionelle theoretisch-methodische Fundierung, die die Überschneidungen von Diskriminierungsausprägungen (nach Geschlecht, Alter, Schichtzugehörigkeit, geistiger/ körperlicher (Un)Versehrtheit) berücksichtigt. Methodisch wählen wir die „dichte Beschreibung“ – ursprünglich von Clifford Geertz entwickelt und aus der Ethnografie kommend –, die Themen/Gegenstände von großer Komplexität mit hoher Differenzfähigkeit darzustellen vermag.

„Ökonomisches und soziales Empowerment von gewaltbetroffenen Frauen“

Qualitative Evaluierung

Projektleitung: Dr.ⁱⁿ Birgitt Haller

Durchführung: Dr.ⁱⁿ Birgitt Haller

Finanzierung: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

Fertigstellung: Oktober 2018

Das im September 2015 gestartete Social Impact Bond-Pilotprojekt des Sozialministeriums zielt darauf, Frauen, die von familiärer Gewalt betroffen sind, einen (Wieder)Einstieg in den 1. Arbeitsmarkt zu ermöglichen bzw. sie dort zu halten. Die Frauen werden vom Gewaltschutzzentrum Oberösterreich und vom Linzer Frauenhaus im Rahmen des Kooperationsprojekts „Perspektive:Arbeit“ unterstützt.

Das Social Entrepreneurship Center der WU Wien führt eine Prozessevaluierung des SIB durch, um seine Voraussetzungen und Wirkungen möglichst präzise zu erfassen und damit reproduzierbar zu machen. Falls der SIB die selbst gesetzten Erfolgskriterien erfüllt, er also zum Empowerment von gewaltbetroffenen Frauen beiträgt, ist es für die Umsetzung von Folgeprojekten wichtig, die im Pilotprojekt gesetzten Aktivitäten zu optimieren.

Unter diesem Aspekt wurde das IKF vom Sozialministerium mit einer zusätzlichen Evaluierung beauftragt, die auf die Situation der gewaltbetroffenen Frauen fokussiert und insbesondere Aufschluss darüber geben soll, unter welchen Voraussetzungen der SIB zu ihrer Unterstützung und Stärkung beitragen konnte bzw. worin Hemmnisse bestehen.

IV. Neue Projekte 2017

Väterkarenz in der Justiz

Mittels einer Online-Befragung der österreichischen Richter und Staatsanwälte sowie ergänzenden qualitativen Interviews wird der Frage nachgegangen, was eine Karenzzeit attraktiv erscheinen lässt bzw. was dieser Entscheidung entgegensteht. Die Erhebung soll Grundlagen dafür liefern, den Anteil von Karenzvätern im Justizressort zu heben.

VI. MitarbeiterInnen am IKF

Wissenschaftliche MitarbeiterInnen

Helga Amesberger

geb. 1960; Studium der Ethnologie und Soziologie (Mag.^a phil.) und Doktoratsstudium am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien (Dr.ⁱⁿ phil.). Seit 1993 wissenschaftliche Mitarbeiterin am IKF. Gründungsmitglied der ARGE Wiener Ethnologinnen.

Forschungsschwerpunkte: Rassismus, Rechtsextremismus, Nationalsozialismus und Holocaust, feministische Forschung.

Wissenschaftliche Beiratstätigkeit:

Projekt „MenschenLeben. Lebensgeschichtliche Interviews in Österreich“ der Österreichischen Mediathek in Kooperation mit dem Fachbereich Geschichte der Paris Lodron Universität Salzburg.

Projekt „Der Schutz von Folterüberlebenden, die um internationalen Schutz in Österreich ansuchen“ des Ludwig Boltzmann Instituts für Menschenrechte und Hemayat – Betreuungszentrum für Folter und Kriegsüberlebende.

Mitgliedschaft in Arbeitsgruppen und Forschungsnetzwerken:

Arbeitsgruppe Prostitution im Rahmen der Österreichischen Task Menschenhandel, geleitet von Bundesministerium für Gesundheit und Frauen; seit 2010

Arbeitsgruppe Prostitution der Stadt Wien, unter Leitung des Büros der Stadträtin für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal, Sandra Frauenberger; seit Herbst 2016

EU-COST Forschungsnetzwerk: Comparing European Prostitution Policies: Understanding Scales and Cultures of Governance (ProsPol) – COST Action IS1209; 2013 – 2017

Aktuelle Publikationen:

Designing Prostitution Policy. Intention and reality in regulating the sex trade, gemeinsam mit Hendrik Wagenaar und Sietske Altink, Bristol and Chicago: Policy Press 2017.

Der lange Weg. Weibliche Häftlinge im KZ-System Mauthausen, gemeinsam mit Brigitte Halbmayr, in: Gerhard Botz / Regina Fritz / Alexander Prenninger (Hg.): Europa in Mauthausen. Die Geschichte der Überlebenden eines nationalsozialistischen Konzentrationslagers in Österreich, Band 2: Deportiert nach Mauthausen, Böhlau Verlag: Wien, Köln, Graz, in Erscheinung.

Prostitution Policy in Austria, gemeinsam mit Lucenir Caixeta, Elisabeth Greif und Birgit Sauer, in: Synnøve Jahnsen und Hendrik Wagenaar (Hg.): Assessing Prostitution Policies in Europe, Routledge: Milton Park 2017.

Sexarbeit in Wien. Von Regulierungsversuchen, Arbeitsbedingungen und Resistenz, in: Wien Museum: Sex in Wien. Lust.Kontrolle.Ungehorsam, hrsg. v. Andreas Brunner/ Frauke Kreutler/ Michaela Lindinger/ Gerhard Milchram/ Martina Nußbaumer/ Hannes Sulzenbacher, Metroverlag: Wien 2016, S. 176-183.

Gender / Geschlecht, in: Gertraud Diendorfer/ Blanka Bellak/ Anton Pelinka/ Werner Wintersteiner (Hg.): Friedensforschung. Konfliktforschung. Demokratieforschung. Ein Handbuch, Böhlau, Wien 2016, S. 246-254.

Whiteness / Dominanzkultur, in: Gertraud Diendorfer/ Blanka Bellak/ Anton Pelinka/ Werner Wintersteiner (Hg.): Friedensforschung. Konfliktforschung. Demokratieforschung. Ein Handbuch, Böhlau, Wien 2016, S. 350-359.

Sexarbeit in Österreich. Ein Politikfeld zwischen Pragmatismus, Moralisierung und Resistenz. Wien: New Academic Press, November 2014.

Final Report of the International Comparative Study of Prostitution Policy: Austria and the Netherlands (gemeinsam mit Hendrik Wagenaar und Sietske Altink), The Hague 2013.

Intimate Partner Violence against Older Women. Findings from Austria, gemeinsam mit Birgitt Haller, in: ex aequo, no. 26, 2012, S. 57-70.

Prostitutionspolitik in Österreich im internationalen Vergleich, in: Elisabeth Greif (Hg.): SexWork(s). Verboten – erlauben – schützen? Linzer Schriftenreihe zur Frauenforschung 51 (hrsg. von Ursula Flossmann), Trauner Verlag 2012, S. 49-68.

Mauthausen Revisited, hrsg. gemeinsam mit Helene Miklas, Sonja Danner and Christian Gmeiner, Wien: Lit-Verlag 2012.

Mauthausen in Bildern, in: Helene Miklas, Helga Amesberger, Sonja Danner und Christian Gmeiner (Hrsg.): Mauthausen revisited, Schriften der Kirchlichen Pädagogischen Hochschule Wien/Krems, Band 6, Lit-Verlag 2012, S. 17-50.

Emotionen und Zumutungen, gemeinsam mit Helene Miklas, in: Helene Miklas, Helga Amesberger, Sonja Danner und Christian Gmeiner (Hrsg.): Mauthausen revisited, Schriften der Kirchlichen Pädagogischen Hochschule Wien/Krems, Band 6, Lit-Verlag 2012, S. 81-104.

„Wann wird man je verstehen?“, in: Helene Miklas, Helga Amesberger, Sonja Danner und Christian Gmeiner (Hrsg.): Mauthausen revisited, Schriften der Kirchlichen Pädagogischen Hochschule Wien/Krems, Band 6, Lit-Verlag 2012, S. 109-120.

Lernen am Ort Mauthausen – Schlussfolgerungen für die schulische Praxis, in: Helene Miklas, Helga Amesberger, Sonja Danner und Christian Gmeiner (Hrsg.): Mauthausen revisited, Schriften der Kirchlichen Pädagogischen Hochschule Wien/Krems, Band 6, Lit-Verlag 2012, S. 121-128.

Karin Bischof

geb. 1972; Studium der Politikwissenschaft und Romanistik sowie Doktoratsstudium der Politikwissenschaft (Mag.a Dr.in phil.) an der Universität Wien. Seit November 2002 wissenschaftliche Mitarbeiterin am IKF, seit Jänner 2014 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft. Seit Jänner 2008 Redakteurin der Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft.

Forschungsschwerpunkte: Gender Studies, Rassismus/ Antisemitismus, Integration, politische Theorie.

Aktuelle Publikationen:

Ein- und Ausschlüsse von Juden und Jüdinnen in Politik und Rhetorik des österreichischen Nationalrats nach 1945. Die Anfänge der Zweiten Republik, gemeinsam mit Nicolas Bechter und Marion Löffler, in: Eva Kreisky/ Saskia Stachowitsch (Hg.): Jüdische Identitäten und antisemitische Politiken im österreichischen Parlament 1861-1933, Böhlau, Wien 2017, S. 269-300.

Geschichtsbuch Mitteleuropa. Vom Fin de Siècle bis zur Gegenwart, herausgegeben mit Anton Pelinka, Walter Fend, Karin Stögner, Thomas Köhler, Böhlau, Wien 2016.

Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Beginn der „Wende“, in: Anton Pelinka, Walter Fend, Karin Stögner, Thomas Köhler (Hg.): Geschichtsbuch Mitteleuropa. Vom Fin de Siècle bis zur Gegenwart, Böhlau, Wien 2016, S. 91-105.

"Emigranten" und die Konstruktion des österreichischen Demos in Parlamentsdebatten, in: Wolfgang Straub und Katharina Prager (Hg.): Bilderbuch-Heimkehr? Remigration im Kontext, Arco 2016, S. 191-202.

Diskurs | Dispositiv, in: Gertraud Diendorfer/ Blanka Bellak/ Anton Pelinka/ Werner Wintersteiner (Hg.): Friedensforschung, Konfliktforschung, Demokratieforschung. Ein Handbuch, S. 233-239.

Global Player EU? Eine ideologiekritische Metaphernanalyse [Global Player EU? Critique of ideology and metaphor-analysis], transcript, Bielefeld, 2015.

Religion, Säkularisierung und Geschlecht – Debatten um den EU-Beitritt der Türkei, gemeinsam mit Florian Oberhuber und Karin Stögner, Wiener Verlag für Sozialforschung, Bremen 2014.

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Wandel – Konzepte und aktuelle Tendenzen, in: WISO, 2013, 36(2), S. 43-58.

Images of Turkey and their religious and gender-specific connotations [TÜRKIYE'NİN İMAJI VE BUNUN DİNİ VE TOPLUMSAL CİNSİYET ODAKLI ÇAĞRIŞIMLARI], gemeinsam mit Florian Oberhuber und Karin Stögner, in: Kadın Araştırmaları Dergisi, H11, 2012.

Politikberatung im Politikfeld Integration auf kommunaler Ebene: Kontext, Risiken, Methoden (gem. mit Sabine Aydt), in: Tagungsband österreichische Migrations- und Integrationsforschung 2011.

Brigitte Halbmayr

geb. 1965; Studium der Soziologie und Politikwissenschaft an der Universität Wien (Dr.ⁱⁿ phil.), seit 1992 wissenschaftliche Mitarbeiterin am IKF.

Forschungsschwerpunkte: Rassismus, Rechtsextremismus, Integration, gender studies, Nationalsozialismus und Holocaust, Oral History.

Aktuelle Publikationen:

Der lange Weg. Weibliche Häftlinge im KZ-System Mauthausen, gemeinsam mit Helga Amesberger, in: Gerhard Botz / Regina Fritz / Alexander Prenninger (Hg.): Europa in Mauthausen. Die Geschichte der Überlebenden eines nationalsozialistischen Konzentrationslagers in Österreich, Band 2: Deportiert nach Mauthausen, Böhlau Verlag: Wien, Köln, Graz, in Erscheinung.

„Bewusstseinsregion Mauthausen – Gusen – St. Georgen“ – memory goes regional, in: Daniela Allmeier/ Inge Manka/ Peter Mörtenböck/ Rudolf Scheuven (Hg.): Erinnerungsorte in Bewegung. Zur Neugestaltung des Gedenkens an Orten nationalsozialistischer Verbrechen. Bielefeld: Transkript Verlag 2016, 315–333.

Herbert Steiner. Auf vielen Wegen – über Grenzen hinweg. Eine politische Biografie. Weitra: Bibliothek der Provinz (Edition Seidengasse) 2015.

Chancen und Probleme der Sekundäranalyse von ZeitzeugInneninterviews in der historischen Forschung, in: Westfälische Forschungen. Zeitschrift des LWL-Instituts für westfälische Regionalgeschichte. Heft 65/2015, 293–305.

Online gegen das Vergessen – Die interaktive Website "ÖsterreicherInnen im KZ Ravensbrück", in: Wolfgang Buchberger / Christoph Kühberger / Christoph Stuhlberger (Hg.): Nutzung digitaler Medien im Geschichtsunterricht. Innsbruck – Wien – Bozen: Studien Verlag 2015, 229–243.

„Zigeunerinnen“ aus Österreich in Ravensbrück, gemeinsam mit Gerlinde Schmid, in: Insa Eschebach (Hrsg.): Das Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück. Neue Beiträge zur Geschichte und Nachgeschichte. Berlin: Metropol 2014, 94-112.

Mauthausen im Unterricht. Ein Gedenkstättenbesuch und seine vielfältigen Herausforderungen, gemeinsame Herausgeberschaft mit Heribert Bastel, Schriften der Kirchlichen Pädagogischen Hochschule Wien/Krems, Band 7, Lit-Verlag 2014.

Mit dem Wissen um die Vergangenheit die Zukunft gestalten. Das Projekt Mauthausen – Gusen – St. Georgen. Raum des Gedenkens und Lernens, gemeinsam mit Alfred Zauner in: Plattform Johann Gruber (Hg.): DENK.STATT Johann Gruber – Neue Wege der Erinnerungskultur, Gelnhausen

sen: Wagner 2014, 68-71 [erschieden auch in: KZ-Gedenkstätte Mauthausen/Mauthausen Memorial (Hg.): Jahrbuch 2013, 137-140].

Die Perspektive der Guides, mit Helene Miklas, in: Heribert Bastel, Brigitte Halbmayr (Hrsg.): Mauthausen im Unterricht. Ein Gedenkstättenbesuch und seine vielfältigen Herausforderungen, Schriften der Kirchlichen Pädagogischen Hochschule Wien/Krems, Band 7, Lit-Verlag 2014, 89-108.

„Als wir gestern in Mauthausen waren, war dies schrecklich, aber auch informativ“ – Der Gedenkstättenbesuch aus Sicht der SchülerInnen, mit Helga Amesberger und Helene Miklas, in: Heribert Bastel, Brigitte Halbmayr (Hrsg.): Mauthausen im Unterricht. Ein Gedenkstättenbesuch und seine vielfältigen Herausforderungen, Schriften der Kirchlichen Pädagogischen Hochschule Wien/Krems, Band 7, Lit-Verlag 2014, 109-144.

„Es ist oft wahnsinnig schwierig.“ – Der Gedenkstättenbesuch aus der Sicht der Lehrenden, mit Sonja Danner, in: Heribert Bastel, Brigitte Halbmayr (Hrsg.): Mauthausen im Unterricht. Ein Gedenkstättenbesuch und seine vielfältigen Herausforderungen, Schriften der Kirchlichen Pädagogischen Hochschule Wien/Krems, Band 7, Lit-Verlag 2014, 145-174.

AnERKENNUNG und geDENKstätten-Besuche – Herausforderungen an die Pädagogik, gemeinsam mit Sonja Danner, in: Martin Jäggle/ Thomas Krobath/ Helena Stockinger/ Robert Schelander (Hg.) Kultur der Anerkennung. Würde – Gerechtigkeit – Partizipation für Schulkultur, Schulentwicklung und Religion, Baltmannsweiler 2013, 299-306.

Zeitlebens konsequent: Hermann Langbein (1912-1995). Eine politische Biografie. Wien: Braumüller Verlag 2012.

Frauen im „Männerlager“. Das KZ Mauthausen als Durchgangs- und Evakuierungsort für Frauen, in: Bundesministerium für Inneres (Hg.): KZ-Gedenkstätte Mauthausen / Mauthausen Memorial 2010, Wien 2011, gemeinsam mit Helga Amesberger, 31-42.

Birgitt Haller

geb. 1961; Studium der Rechtswissenschaft (Dr.ⁱⁿ iur.) und der Politikwissenschaft (Mag.^a phil.) an der Universität Innsbruck. Seit Oktober 2012 wissenschaftliche Leiterin des IKF (seit 1990 wissenschaftliche Mitarbeiterin; ab 1994 neben der Forschungstätigkeit verantwortlich für das Projektmanagement am Institut). Von 1991 bis 2001 Redakteurin der Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft. Lehrbeauftragte am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.

Forschungsschwerpunkte: Gewaltforschung, Genderforschung, Politisches System Österreichs.

Aktuelle Publikationen:

Birgitt Haller: Junge Frauen und Männer als Betroffene von sexueller Belästigung in Ausbildung und Beruf, in: SWS Rundschau, H.1/2017 (i.E.).

Barbara Krahe, Birgitt Haller et al.: Prevalence and correlates of young people's sexual aggression, perpetration and victimisation in 10 European countries: a multi-level analysis, in: Culture, Health & Sexuality, Vol. 17 (2015), No. 6, 682–699.

Birgitt Haller: Tötungsdelikte in Beziehungen. Verurteilungen in Österreich im Zeitraum 2008 bis 2010, in: SWS Rundschau, H.1/2014, 59-77.

Helga Amesberger/ Birgitt Haller: Intimate Partner Violence against Older Women. Findings from Austria, in: ex aequo, no. 26, 2012, 57-70.

Vergewaltigung. Zur Situation in Österreich, in: MA 57 (Hg.): Konferenzband „... selber schuld!“ Sexualisierte Gewalt, Wien 2012, 65-72.

Häusliche Gewalt in Österreich mit besonderem Schwerpunkt Migration, in: Gudrun Biffi/ Nikolaus Dimmel (Hg.): Migrationsmanagement. Grundzüge des Managements von Migration und Integration, Bad Vöslau 2011, 243-251.

Elke Rajal

Studium der Politikwissenschaft an den Universitäten Wien und Granada (Spanien). 2010/2011 Trainee und freie Mitarbeiterin am IKF, seit 2014 wissenschaftliche Mitarbeiterin.

Forschungsschwerpunkte: Vorurteilsforschung, Nationalsozialismus und Shoah, Vergangenheitspolitik, Gender Studies, Bildung (Holocaust Education, Politische Bildung, interkulturelle Pädagogik)

Mitgliedschaften: Forschungsgruppe Politiken und Ideologien der Ungleichheit (FIPU), Verein für kritische Bildungsarbeit und Vergangenheitspolitik (KRIBAV), ÖGPW Sektion Vergangenheitspolitik

Aktuelle Publikationen:

Rechtsextremismusprävention in der Schule: Ein ambitioniertes Programm, gemeinsam mit Heribert Schiedel, in: FIPU (Hrsg.): Rechtsextremismus. Band 2: Prävention und politische Bildung. Wien 2016, 85-136.

Holocaust Education in Austria in the Light of the Frankfurt School. In: Journal for the Study of Antisemitism. Volume 7 Issue #2 2015, 53-67.

Anmerkungen zur schulischen Vermittlung des Nationalsozialismus und seiner Verfolgungs- und Vernichtungspolitik. In: Aistleitner, Judith/ Lorenz, Laurin/ Wallerberger, Thomas (Hrsg.): Grenzüberschreitungen: Didaktische Materialien zur Exilliteratur. Wien 2015, 16-18.

Ein Ballsaal als politischer Ort. Zur Nutzung der Sofiensäle: 1920er bis 1940er Jahre, in: SoArt GmbH (Hg.): Die Wiener Sofiensäle. Vom russischen Dampfbad zum modernen Wohn- und Kulturbau. Wien 2013, 100-117.

Antisemitismus in Österreichs Klassenzimmern. Eine pädagogische Herausforderung, gemeinsam mit Andreas Peham, 2012.

Zur Geschichte und Lage der schulisch-pädagogischen Vermittlung der Shoah in Österreich, in: Alexander Emanuely/ Judith Götz (Hg.): März, Literatur & Gedächtnis. März 1938. Ein Lesebuch. Wien 2011, 18-27.

Guenther Steiner

geb. 1973; Studium der Politikwissenschaft und Geschichte an den Universitäten Salzburg und Innsbruck (Dr. phil. 2003). Von 2010 bis 2016 wissenschaftlicher Mitarbeiter am IKF.

Forschungsschwerpunkte: Geschichte und Entwicklung der Sozialversicherung und der Sozialpolitik in Österreich, Politische Zeitgeschichte Österreichs, besonders 1918 – 1938, Demokratietheorie.

Aktuelle Publikationen:

60 Jahre Allgemeines Sozialversicherungsgesetz. Der Sozialstaat ist die wichtigste Erfindung des zwanzigsten Jahrhunderts (Sir Karl Popper). Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger (Hg.), ÖGB-Verlag, Wien 2015.

"... aus Almosenempfängern anspruchsberechtigte Bürger zu machen." Sozialminister Anton Proksch und die österreichische Sozialversicherung. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger (Hg.), ÖGB-Verlag, Wien 2015.

Sozialversicherung unter dem Primat der Wirtschaft. Sozialminister Josef Resch und die österreichische Sozialversicherung 1918-1938. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger (Hg.), ÖGB-Verlag, Wien 2014.

Ein Mann und sein Plan. Friedrich Hillegeist in der österreichischen Sozialversicherung. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger (Hg.), ÖGB-Verlag, Wien 2013.

Sozialpolitik der Regierung Schüssel, in: Robert Kriechbaumer, Franz Schausberger (Hg.), Die umstrittene Wende. Österreich 2000 – 2006, Böhlau Verlag, Wien – Köln – Weimar 2013, S. 271-298.

Der Sozialpolitiker Karl Maisel. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger (Hg.), ÖGB-Verlag, Wien 2012.

„Wieder Teil der Weltgemeinschaft sein ...“ – Österreichs Beitrittsprozess zu den Vereinten Nationen 1945 – 1955, in: Helmut Wohnout (Hg.), Demokratie und Geschichte. Jahrbuch des Karl von Vogelsang-Instituts zur Erforschung der Geschichte der christlichen Demokratie in Österreich 2009/10, Böhlau Verlag, Wien 2011, S. 353-382.

Johann Böhm in der österreichischen Sozialversicherung. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger (Hg.), ÖGB-Verlag, Wien 2011.

Administrative Mitarbeiterin

Silvia Schwarz

geb. 1971; Sekretariat und Bibliotheksverwaltung, Buchhaltung